

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 14. —

(No. 1730.) Gesetz über die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen. Vom 13ten Juli 1836.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

haben in wohlgefälliger Anerkennung des Ansuchens der Stände Unserer Provinz Westphalen und aus landesväterlicher Fürsorge für die Erhaltung und Bildung eines selbstständigen Bauernstandes, Uns bewogen gefunden, Anordnungen zu treffen, welche dem Sinne und den Gewohnheiten der Landbewohner jener Provinz mehr als die bisherigen Gesetze entsprechen und in Erbfällen dem Uebernehmer eines Bauergutes die Mittel gewähren, sich in dem Besitze desselben zu erhalten und in der Lage zu bleiben, das Erbe der Väter auch wiederum unverkürzt den Nachkommen zu hinterlassen. Aus diesen Gründen verordnen Wir für die Provinz Westphalen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

§. 1.

Das gegenwärtige Gesetz soll in Unserer Provinz Westphalen auf alle Bauergüter (Höfe, Kolonate, Kotten und andere für sich bestehende Ackeranlagen) Anwendung finden, deren Sol-Stätten im Jahre 1806. zu solchen bäuerlichen Besizungen gehörten, welche damals auf den Grund besonderer Provinzialgesetze, Statuten oder Gewohnheiten nach einer vom gemeinen Erbrechte abweichenden Successionsordnung vererbt wurden.

Von diesen Bauergütern soll nach einer von Unserm Justiz-Minister zu erlassenden Instruktion ein Verzeichniß (Matrikel) angefertigt werden, jedoch von dessen Aufnahme die Anwendung des jetzigen Gesetzes nicht abhängen.

§. 2.

Außerdem kann jeder Eigenthümer einer unter §. 1. nicht begriffenen bäuerlichen Besizung dieselbe dem gegenwärtigen Gesetze unterwerfen und zu dem Ende in die Matrikel (§. 1.) eintragen lassen.

Gehört die Besizung zu einer unter Eheleuten bestehenden Gütergemeinschaft, so kann ein solcher Antrag nur von beiden Eheleuten gemeinschaftlich erfolgen.

Jahrgang 1836. (No. 1730.)

H h

§. 3.

(Ausgegeben zu Berlin den 2ten September 1836.)

§. 3.

Das jetzige Gesetz soll jedoch keine Anwendung finden:

- a) auf diejenigen bürgerlichen Besitzungen, bei welchen auf den Grund besonderer Verträge oder letztwilliger Verordnungen eine von dem gegenwärtigen Gesetze abweichende Erbfolge stattfindet;
- b) auf die dem Heimfalle noch unterworfenen Güter (Gesetze über die gutherrlich-bürgerlichen Verhältnisse vom 21sten April 1825. und Deklaration vom 24sten November 1833.) so lange der Heimfall noch nicht abgeloßt worden ist und mit Berücksichtigung der im §. 26. dieses Gesetzes enthaltenen Vorschrift; diese Güter sind gleichfalls in die Matrikel (§. 1.) aufzunehmen, auch wenn der Heimfall noch nicht abgeloßt worden ist;
- c) auf diejenigen Besitzungen, von welchen die jährliche Prinzipal-Grundsteuer, mit Ausschluß der Gebäudesteuer, den Betrag von Fünf Thalern nicht erreicht.

§. 4.

In der Disposition über das Bauergut unter Lebenden oder von Todes wegen wird kein Eigenthümer durch das gegenwärtige Gesetz beschränkt, insofern ihm die Vorschrift des §. 25. nicht entgegensteht.

Dasjenige, worüber er keine Bestimmung getroffen hat, ist nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu beurtheilen.

§. 5.

Wenn eine, den Bestimmungen des §. 1. und 2. unterliegende Besingung zur Erbtheilung kommt, ohne daß von dem Erblasser entgegengesetzte Anordnungen getroffen sind, so wird das Bauergut nur Einem der Erben zugetheilt und die Theilung des ganzen Nachlasses auf die Weise bewirkt, daß dieser Anerbe die eine Hälfte des reinen Werths (§. 7.) des Guts zum Voraus erhält, und die andere Hälfte dieses Werths, so wie das sonstige freie, zum Gute nicht gehörige Vermögen des Erblassers unter sämtliche Erben, einschließlich des Anerben, zur Theilung kommen.

Der Anerbe hat für die Berichtigung sämtlicher Nachlassschulden zu sorgen und erhält die Mittel dazu aus dem Nachlasse, so weit derselbe reicht und dazu erforderlich ist, überwiesen.

§. 6.

Kommt es bei einer letztwilligen Verordnung, oder einer Verordnung unter Lebenden auf eine Berechnung des Pflichttheils an, so ist derselbe von dem Nachlasse nach Abzug des dem Anerben zum Voraus gebührenden Betrages zu berechnen. Der Anerbe kann dabei jedoch nur dann auf einen Pflichttheil Anspruch machen, wenn er durch das Gut nicht so viel erhalten hat, als der Pflichttheil jedes der übrigen Erben betragen würde.

§. 7.

Hat der Erblasser den Werth des Guts nicht selbst bestimmt, so soll dieser nach folgenden Grundsätzen ermittelt werden:

- a) der Werth der zum Gute gehörigen Grundstücke und Gebäude wird durch den zwanzigfachen Betrag des beim Grundsteuer-Kataster angelegten Reinertrages ermittelt. Hierin ist auch der Werth für diejenigen Ge-

Gebäude mit eingeschlossen, welche bei Aufnahme des Katasters nur nach der Grundfläche, auf der sie stehen, abgeschätzt sind;

- b) die zum Gute und dessen Gebäuden nach §. 48. u. ff. und §. 75. u. ff. Tit. 2. Th. I. des A. L. R. gerechneten beweglichen Verrentenstücke, mit Ausnahme des Feld-Inventariums an Düngung, Pflugarten und Ausfaat, so wie des Vorraths an natürlichem und künstlichem Dünger (§§. 50. 51. a. a. O.), welche nicht in Anrechnung kommen, werden nach ihrem Werthe besonders abgeschätzt, und dem unter a ausgemittelten Werthe zugesetzt;
- c) von dem nach a und b herauskommenden Betrage werden die auf dem Gute haftenden Lasten, nach dem, durch die Abfindungs-Ordnung vom 13ten Juli 1829. für den Fall einer Abfindung bestimmten Kapitalwerthe, abgerechnet;
- d) ferner werden davon abgerechnet sämtliche Nachlassschulden, sie mögen auf dem Gute haften oder nicht, in so weit sie den Werth des übrigen zum Gute nicht gehörigen Vermögens des Erblassers übersteigen.

Dasjenige, was von dem unter a und b bestimmten Werthe nach den unter c und d vorgeschriebenen Abzügen übrig bleibt, bildet den reinen Werth des Guts.

§. 8.

Erschöpfen die Schulden nicht nur das freie Vermögen, sondern auch den nach §. 7. a und b. berechneten Werth des Gutes, nach Abzug der darauf haftenden Lasten, so kann derselbe, der sonst ein vorzügliches Recht auf das Gut zum ermäßigten Preise haben würde, dasselbe mit den Schulden gegen die bloße Verpflichtung übernehmen, seinen Eltern und Miterben, so weit sie dessen bedürfen, freie Wohnung und nothdürftige Verpflegung zu gewähren, wogegen die Miterben gehalten sind, den Uebernehmer nach Kräften durch Arbeitshülfe zu unterstützen.

§. 9.

Hat der Erblasser es unterlassen, unter seinen Kindern den Annehmer des Guts zu bestimmen, und findet eine freie Vereinigung unter den Erben nicht statt, so kommen folgende Regeln zur Anwendung:

- a) vor allem stehen diejenigen, welche an einem andern Bauergute (§. 1.) schon Eigentumsrechte, oder ein erbliches Besitz- oder ein lebenslangliches Nießbrauchrecht erworben haben, oder an eine Person verheirathet sind, welcher solche Rechte an einem andern Bauergute zustehen, den Uebrigen in der Succession des Guts nach.
- b) Demnächst haben die Söhne den Vorzug vor den Töchtern.
- c) Unter den Söhnen gehen die, welche sich der Landwirtschaft gewidmet haben, allen übrigen vor, namentlich denen, welche die Eltern haben studiren, oder zu solchen Gewerben haben vorbereiten lassen, die nicht mit der Landwirtschaft verbunden sind und auf dem platten Lande nicht betrieben zu werden pflegen.
- d) Unter gleichen Verhältnissen erhalten diejenigen den Vorzug, welche militairdienstsähig befunden worden und unter diesen wieder solche, welche ihren Militairpflichten wirklich genügt haben.

e) In so weit vorstehende Grundsätze nicht ausreichen, entscheidet das Alter dergestalt, daß der Ältere dem Jüngern vorgeht. Sind keine Kinder vorhanden, so kommen dieselben Grundsätze auch bei anderen gesetzlich gleich berufenen Miterben zur Anwendung.

§. 10.

Gehören zur Erbschaft mehrere der im §. 1. und 2. bezeichneten Güter, so hat der berufene Erbe die Wahl, welches Gut er übernehmen will, der demnächst berufene wählt das zweite Gut und sofort dergestalt, daß bei mehreren Erben Einer derselben nur in Eine Nahrung succedirt, und sofern mehr Güter als Erben vorhanden sind, der volle Taxwerth der übrig bleibenden Besetzungen zur Theilungsmasse gehört.

Uebersteigen in diesem Falle die sämmtlichen Nachlassschulden die nach §. 5. zu berechnende Aktivmasse, so werden diese übersteigenden Schulden von jedem einzelnen Gute nach Verhältniß des Werths desselben abgezogen.

§. 11.

Die im §. 1. gedachten Sol-Stätten mit allen denjenigen Ländereien und sonstigen Grundstücken, welche zur Zeit des Ablebens des Erblassers mit denselben bewirthschaftet wurden, bilden das Dauergut, welches dem gegenwärtigen Gesetze unterliegt.

Hat ein solches Gut ein eigenes Hypotheken-Folium, so werden alle Grundstücke, welche demselben zugeschrieben sind, als Zubehör der Besetzung betrachtet, sofern aber diese Bestimmungen nicht ausreichen, alle diejenigen Grundstücke, welche bei Uebnahme des Guts durch den Erblasser schon zu demselben gehören.

§. 12.

Stirbt ein Ehegatte, welcher alleiniger Eigenthümer des Dauergutes war, so steht dem überlebenden Ehegatten der Nießbrauch an dem letzteren zu, und zwar bei der Konkurrenz mit Kindern bis zur Großjährigkeit des Auerben, auch, wenn er sich vor Eintritt derselben wieder verheirathet; bei der Konkurrenz mit andern Erben aber bis zu seiner Wiederverheirathung, oder, falls letztere nicht erfolgt, bis zu seinem Tode.

§. 13.

Wo ein Dauergut mit zu einer ehelichen Gütergemeinschaft gehört, bleibt es den Eheleuten überlassen, diese Gemeinschaft rücksichtlich der Erbfolge überhaupt, oder auch nur in Beziehung auf das Dauergut durch Vertrag auszusprechen (A. L. R. Th. II. Tit. I. §. 418.), und dadurch das Dauergut dem gegenwärtigen Gesetze unbedingt unterworfen.

§. 14.

Auch wenn die Eheleute von der im §. 13. erwähnten Befugniß keinen Gebrauch gemacht haben, kommen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes ebenfalls, jedoch mit den in den folgenden §§. 15. 16. 17. enthaltenen Maßgaben, zur Anwendung.

§. 15.

Während der Ehe können die Eheleute über die Erbfolge in das Dauergut und über die Wahl des Auerben nur gemeinschaftlich bestimmen.

§. 16.

§. 16.

Stirbt einer der Ehegatten, ohne daß eine solche gemeinschaftliche Bestimmung erfolgt ist, mit Hinterlassung von Kindern, so hat der überlebende Ehegatte, so lange er sich nicht wieder verheirathet, die Befugniß den Auerben unter den Kindern für das ganze Gut zu bestimmen.

Macht aber der überlebende Ehegatte, namentlich durch seine Wieder-
verheirathung, eine Auseinandersetzung mit den Kindern nöthig, so behält er zwar das Besiß- und Nuzungsrecht des Gutes in dem Umfange, wie ihm solches von den bisherigen Provinzial- oder Statutarrechten beigelegt wird; das Eigenthum des ganzen Bauerguts aber geht sofort auf den, unter den Kindern der aufgelöseten Ehe nach §. 9., und zwar unter den zur Zeit der Auseinandersetzung vorwaltenden Umständen, zu bestimmenden Auerben über.

Stirbt auch der überlebende Ehegatte, ohne daß eine Auseinandersetzung mit den Kindern des Verstorbenen vorausgegangen und ein Auerbe bestimmt worden ist, so wird der Auerbe nach §. 9. und zwar nach den alsdann obwaltenden Verhältnissen bestimmt.

§. 17.

Stirbt einer der Ehegatten ohne Hinterlassung von Kindern und ist eine gemeinschaftliche Bestimmung über die Erbfolge, oder über die Wahl des Auerben (§. 15.) nicht erfolgt, so gehen die Rechte des Auerben auf den überlebenden Ehegatten über, und von dem alsdann noch verbleibenden Nachlasse erhält er den, vermöge der Gütergemeinschaft nach den bisherigen Provinzial- oder Statutar-Rechten, ihm zustehenden Antheil.

§. 18.

Ueberall, wo nach den vorstehenden Bestimmungen (§§. 12—17.) dem überlebenden Ehegatten der Nießbrauch des Gutes zusteht, ist er ohne Zustimmung des Auerben, oder dessen Vormundschaft, zur Veräußerung oder Belastung des Gutes, auch an denselben Orten nicht befugt, wo ihm sonst dieses Recht als ein Ausfluß der Gütergemeinschaft zustehen würde.

§. 19.

Die Auszahlung der nach §. 5. ermittelten Erbtheile von Seiten des Auerben, oder des Nießbrauchers, insofern beide überhaupt nach den gesetzlichen Vorschriften dazu verbunden sind, kann nur dann verlangt werden, wenn die Miterben sich verheirathen, oder großjährig geworden sind, oder eine frühere Auszahlung zu ihrem besseren Fortkommen nöthig haben.

Ob eine solche frühere Auszahlung zum besseren Fortkommen erforderlich ist, bestimmt bei Minderjährigen das Vormundschafts-Gericht, bei Großjährigen der Landrath des Kreises, in welchem sie wohnen.

§. 20.

Können in den Fällen des §. 19. die Abfindungen vom Auerben gezahlt werden, ohne daß dieser gendhigt ist, das ihm angefallene Gut über die erste Hälfte des ermittelten Werths zu verschulden, so muß er dieselben nach Ablauf von zwei Jahren seit Annahme des Bauerguts an diejenigen Miterben, welche sich verheirathen, oder großjährig sind, vollständig auszahlen, bis zur Zahlung aber mit 4 Prozent verzinsen.

Können die Abfindungen auf diese Weise nicht bezahlt werden, so braucht

er nicht mehr als jährlich ein Zehnthel der Gesamt-Abfindung aller Miterben zu zahlen, wobei in Kollisionsfällen diejenigen vorgehen, welche zuerst ein Recht auf Auszahlung ihrer Erbtheile erlangt haben. Der Anerbe oder Nießbraucher ist jedoch verpflichtet, den Miterben, welche sich verheirathen, oder zu deren besserem Fortkommen eine größere Summe erforderlich ist, einen höheren Betrag, selbst bis zur Hälfte des Erbtheils, auf einmal auszuführen.

§. 21.

Der Anerbe oder Nießbraucher ist schuldig:

- a) seinen Eltern, und zwar in der nach dem Herkommen bestandenen Art,
- b) seinen Miterben, welche ihre Abfindung noch nicht ausgezahlt erhalten haben,
- c) denjenigen, welchen aus einer frühern, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erfolgten Erbtheilung, ein solches Recht noch zusteht,

soweit sie dessen bedürfen, freie Wohnung, Beköstigung und Kleidung auf dem Gute zu gewähren, dieselben auch unentgeltlich zu erziehen. Dagegen sind die Miterben auch verpflichtet, die ihren Kräften angemessene Arbeitshäufe unentgeltlich zu leisten.

§. 22.

Die Miterben erhalten 4 Prozent Zinsen von ihren Abfindungen bis zum Zahlungstage, insofern sie nicht von dem Anerben verpflegt werden.

§. 23.

Der abgetheilte Miterbe ist nicht berechtigt, ehe er ein Recht zur Auszahlung seines Erbtheils erhalten hat, über dasselbe unter Lebenden, oder von Todes wegen zu verfügen. Stirbt derselbe in dieser Lage ohne Hinterlassung ehelicher Kinder, so fällt seine Abfindung in das Gut zurück.

§. 24.

Die Erbschaftsgläubiger können nach erfolgter Erbtheilung, ohne daß es einer besonderen Bekanntmachung an sie bedarf, sich nur an den Anerben und nicht an die Erbtheile der abgefundenen Miterben halten.

Auch sind diese berechtigt, ihre Erbtheile ohne besondere Einwilligung des Anerben auf das Gut eintragen zu lassen. Jedoch muß, sofern diese Eintragung erfolgt, von Amts wegen eine Protestation auf zwei Jahre vom Abssterben des Erblassers an, mit den Vorzugsrechten vor den Erbtheilen der Miterben und zwar mit der Waafgabe eingetragen werden, daß binnen dieser Zeit den Erbschaftsgläubigern, welche bis dahin einen Titel zum Pfandrechte erworben haben, verstatet ist, dieses an die Stelle der Protestation eintragen, letztere also in eine wirkliche Hypothek umschreiben zu lassen. Die Eintragung und die nach Ablauf der zweijährigen Frist ohne Antrag zu bewirkende Löschung der Protestation erfolgt kostenfrei.

§. 25.

Ein Besitzer, der keine eheliche Kinder am Leben hat, kann ein, den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes unterliegendes, zu dem in §. 7. bezeichneten Preise übernommenes Bauergut ohne Konsens der Miterben, weder an einen Fremden im Ganzen oder theilweise verkaufen, noch über den Betrag des Annahmepreises mit neuen Schulden belasten, noch endlich von Todes wegen darüber verfügen. Er hat aber das Recht, jedem der Miterben das Gut

Gut gegen Uebernahme der Verpflichtungen, unter denen er solches übernommen hat, anzubieten und in die Rechte eines abgetheilten Miterben zurückzutreten, so daß zwischen beiden ein Stellentausch eintritt und der neue Uebernehmer dem abgehenden Auerben nicht nur die Abfindung als Miterbe zu gewähren, sondern auch dasjenige zu erstatten verbunden ist, was dieser den abgetheilten Miterben auf deren Abfindung, oder den Erbschaftsgläubigern etwa schon bezahlt hat.

Diesem Miterben, welche sich nicht binnen zwei Monaten nach diesem Anerbieten, das Gut unter jenen Bedingungen übernehmen zu wollen, erklärt haben, können dem Verkaufe an einen Fremden, oder der mehreren Verschuldung des Gutes, nicht weiter widersprechen. Diese Beschränkung in der Dispositionsfreiheit erlischt durch den Tod der Miterben, da diese das Anrecht auf ihre Erben nicht übertragen.

§. 26.

Bei den dem Heimfalle unterworfenen Gütern gebührt die, nach den Vorschriften des §. 9. zu treffende Wahl des Auerben dem Obereigenthümer oder Gutsherrn, insofern demselben nach den bisherigen Provinzial- oder Statutarrechten die Auswahl des Nachfolgers zustand.

§. 27.

In soweit das Allgemeine Landrecht den Vorschriften des jetzigen Gesetzes entgegensteht, ist dasselbe durch das letztere aufgehoben. Nach beendigter Revision des Provinzial-Rechts aber behält das gegenwärtige Gesetz nur in den Fällen Wirksamkeit, in welchen das Provinzial-Recht nicht etwas anderes bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 13ten Juli 1836.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Carl, Herzog zu Mecklenburg.

v. Kampg. Mähler.

Be glaubigt:

Griese.